



HESSISCHER LANDTAG

19. 09. 2023

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Faktencheck Schwarz-Grün – vernichtende Bilanz der Landesregierung, nicht nur in der Wirtschaftspolitik

Der Landtag wolle beschließen :

1. Wirtschaft

- a) Die Landesregierung behauptet, sie lege Wert auf gute Arbeitsbedingungen. Tatsächlich sind nicht mal bei öffentlichen Aufträgen soziale und ökologische Kriterien verpflichtend. In Hessen werden öffentliche Aufträge vergeben, egal ob ein Unternehmen nach Tarif zahlt, ausbildet, fair einkauft – oder eben nicht. Es sieht keine systematische Kontrolle vor und bleibt in weiten Teilen freiwillig. So werden Dumping-Konkurrenz noch gefördert und seriös kalkulierende Unternehmen unter Druck gesetzt. Eine Studie des WSI kam im Juli 2023 zum Schluss, dass nur noch etwas mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in Hessen in Unternehmen mit Tarifvertrag arbeitet und der Abwärtstrend sich beschleunigt.
- b) Die Landesregierung behauptet, sie wolle, dass jeder von seiner Arbeit gut leben könne und setze sich für Verbesserungen beim Mindestlohn ein. Tatsächlich fordert die Landesregierung bei öffentlichen Aufträgen nur den gesetzlichen Mindestlohn ein, statt einen höheren Landesmindestlohn festzuschreiben – wie etwa Bremen. Im Juni 2023 arbeiteten 431.000 Menschen in Hessen für den gesetzlichen Mindestlohn. Die zurückliegende Corona-Krise, die Energiekrise und die rasant steigenden Lebenshaltungskosten verschärfen die Situation dramatisch. Selbst nach den Berechnungen der entsprechenden EU-Richtlinie, nach dem sog. Kaitz-Index, wäre ein Mindestlohn von 14 Euro für Hessen angemessen, rechnete das Statistische Landesamt im Juni 2023 vor.
- c) Die Landesregierung behauptet, sie fördere die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, um die Arbeitsplätze im Land zukunftsfest zu machen. Tatsächlich ist das bisherige Engagement des Landes höchstens ein Tropfen auf den heißen Stein. Statt eines Transformationsfonds, der die notwendigen Zukunftsinvestitionen aus öffentlichen Mitteln unterstützt, werden im wesentlichen bereits existierende Förder- und Unterstützungsprogramme neu vermarktet.

2. Verkehr, Energie

- a) Die Landesregierung behauptet, sie stärke nachhaltige Verkehrsträger. Tatsächlich wurde das Volkbegehren Verkehrswende bei der ersten Gelegenheit aus formalen Gründen abgeschmettert. Der Ausbau des Flughafens geht munter weiter. Terminal 3 wird weitergebaut, das Nachtflugverbot durchlöchert, gegen die Deregulierung und das Outsourcing am Flughafen wird nichts unternommen. In keinem anderen Bundesland ist das Radwegenetz an Landesstraßen in den vergangenen neun Jahren so langsam gewachsen wie in Hessen, hat der ADFC errechnet. Gleichzeitig werden neue Autobahnprojekte wie die A 49 oder der Riederwaldtunnel in Hessen weiter munter durchgewunken. Notwendig wären Preissenkungen für Bus und Bahn und ein massiver Ausbau des ÖPNV-Angebots und der Radinfrastruktur.
- b) Die Landesregierung behauptet, sie treibe die Energiewende entschlossen voran. Tatsächlich sind mit dem aktuellen Ausbautempo insbesondere bei der Windkraft die Ziele der Energiewende nicht zu erreichen. Seit Jahren gibt es die Kritik an dem viel zu langsamen Ausbau der Windenergie in Hessen, doch der für Wirtschaft und Energie zuständige grüne Minister Al-Wazir schafft die notwendige Beschleunigung nicht. Die Genehmigung von Windrädern dauert nirgends länger als in Hessen.

3. Wohnen

- a) Die Landesregierung behauptet, die hessische Wohnungspolitik sei eine Erfolgsgeschichte. Tatsächlich ist Hessen nach über neun Jahren Schwarz-Grün zu einem der bundesweiten Hotspots der Mieten- und Wohnungskrise geworden. Frankfurt, Darmstadt oder Wiesbaden zählen bundesweit zu den Städten mit den höchsten Miet- und Immobilienpreisen. Fast 20 % aller Miethaushalte in Hessen haben eine Mietbelastungsquote von 40 % und mehr. Insbesondere diese Haushalte macht die Miete systematisch arm; Menschen werden aus ihren angestammten Vierteln verdrängt oder müssen ihren Lebensstandard stark einschränken.
- b) Die Landesregierung behauptet, sie tue alles, um Mieterinnen und Mieter vor steigenden Mieten und Verdrängung zu schützen. Tatsächlich hat die Landesregierung zwar Instrumente zum Mieterschutz geschaffen, diese sind aber häufig kaum wirksam (z. B. Mietpreisbremse). Zudem werden die bestehenden landesgesetzlichen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, etwa bei der Bestimmung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt, der Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes oder der Unterstützung für Kommunen bei Milieuschutzsatzungen. Auch bei Bundesratsinitiativen (z. B. bundesweiter Mietendeckel) wäre mehr möglich. Zudem weigert sich Schwarz-Grün gegen den erklärten Wunsch von Städten wie Frankfurt und Wiesbaden, das im Jahr 2004 von CDU und FDP abgeschaffte Gesetz gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung wieder einzuführen. Entsprechende Gesetzentwürfe der LINKEN und der SPD werden regelmäßig abgelehnt, obwohl vielerorts Wohnraum leer steht.
- c) Die Landesregierung behauptet, dass wegen der guten Förderpolitik des Landes der jahrzehntelange Rückgang von Sozialwohnungen in Hessen gestoppt worden und die Trendwende geschafft sei. Tatsächlich gibt es keine Trendwende, sondern bestenfalls eine Stabilisierung auf viel zu niedrigem Niveau. Der Trend unter Schwarz-Grün bleibt insgesamt stark negativ: Die Zahl der Sozialwohnungen sank seit 2014 von knapp 109.000 auf jetzt ca. 82.000 Wohnungen, das ist ein Minus von 25 %. Im Koalitionsvertrag von 2019 wurde das Ziel von 22.000 geförderten Wohnungen ausgegeben; bis Ende 2022 waren jedoch nur 11.549 Wohnungen zur Förderung angemeldet – die Zahl der tatsächlich fertiggestellten Wohnungen liegt noch einmal weit darunter. Auch im Bundesländervergleich steht Hessen nicht gut da. Und das, obwohl der Bedarf riesig ist: 44,5 % aller hessischen Miethaushalte haben aufgrund ihres Einkommens Anspruch auf eine Sozialwohnung nach dem ersten Förderweg. Mit dem zweiten Förderweg für mittlere Einkommen sind es sogar über die Hälfte. Das sind ca. 750.000 Haushalte, fast das Zehnfache des aktuellen Bestands.

4. Soziales und Gesundheit

- a) Die Landesregierung behauptet, dass Kinder in Hessen gut und sicher aufwachsen können sollen und sie deshalb früh und nachhaltig gefördert würden. Tatsächlich hat die Armut unter Schwarz-Grün neue Höchstwerte erreicht. Im Bundesländervergleich ist Hessen von Platz 3 auf Platz 11 abgestürzt. Jeder fünfte Mensch, jedes vierte Kind, jede dritte junge Frau und jede zweite alleinerziehende Person ist in Hessen armutsbetroffen. Einen Maßnahmenkatalog gegen diese erschreckende Entwicklung bleibt die Koalition schuldig. Unseren Landesaktionsplan für soziale Teilhabe und gegen Armut hat sie abgelehnt.
- b) Die Landesregierung behauptet, die Landesmittel für Frauenhäuser seien kontinuierlich aufgestockt worden. Tatsächlich fehlen in Hessen weiterhin hunderte Frauenhausplätze, insbesondere Familienzimmer. Für den Ausbau (barrierefrei) und den Betrieb stellt das Land viel zu wenige finanzielle Mittel zur Verfügung.
- c) Die Landesregierung behauptet, sie wirke Ausgrenzung, Benachteiligung und Diskriminierung effektiv entgegen. Im Koalitionsvertrag wurde eine Lösung für Menschen ohne vollständigen Krankenversicherungsschutz angekündigt. Tatsächlich gibt es bis heute weder einen anonymen Behandlungsschein oder einen Fonds, um Behandlungskosten zu erstatten. Der Gesetzentwurf der LINKEN wurde abgelehnt.
- d) Die Landesregierung ist gesetzlich verpflichtet, ambulante Krisenhilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen einzurichten. Dies ist nicht erfolgt, obwohl die psychiatrischen Kliniken in Hessen völlig überlastet sind und unter dem Personal-mangel massiv leiden. Der Gesetzentwurf der LINKEN für Krisenhilfen und eine gewaltfreie Psychiatrie wurde abgelehnt.

5. Innenpolitik

- a) Die Landesregierung behauptet, sie sei Vorkämpferin gegen rechts und die AfD. Tatsächlich hat Schwarz-Grün der Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses in der 19. Legislaturperiode nicht zugestimmt. Ohne die Linksfraktion hätte es ihn nicht gegeben. Im Lübcke-Untersuchungsausschuss in dieser Legislaturperiode haben die Regierungsparteien CDU und Grüne mit Stimmen der AfD dafür gesorgt, dass eine Zeugin nicht in öffentlicher Sitzung befragt wird.
- b) Die Landesregierung behauptet, sie habe mit klarer Schwerpunktsetzung die Innere Sicherheit gestärkt und den Druck auf Rechtsextremisten spürbar erhöht. Tatsächlich existieren rechte Netzwerke in der Hessischen Polizei. Seit 2018 wurden mit dem Absender „NSU 2.0“ über 130 Drohschreiben verschickt. In mindestens drei Fällen werden in den Schreiben private Informationen verwendet, die vorher von Polizei-Computern u. a. in Frankfurt und Wiesbaden abgefragt wurden. Immer wieder tauchen in Hessen rechte Chatgruppen in unterschiedlichen Polizeidienststellen auf. Darunter in Darmstadt und Frankfurt. Insgesamt sind aktuell 67 rechte Chatgruppen bekannt, in denen hessische Polizistinnen und Polizisten aktiv waren. Der Innenminister spricht hierüber nur dann, wenn die Fälle bereits z. B. durch Zeitungsberichte öffentlich bekannt sind.
- c) Die Landesregierung schmückt sich mit der Einrichtung der Stelle eines Polizeibeauftragten in Hessen im Jahr 2020. Tatsächlich hat der Landtag die Einrichtung als Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger beschlossen. Doch die Stelle ist unbesetzt, es findet sich niemand, der das Amt übernehmen möchte. Dies liegt auch daran, dass sie nicht mit ausreichend Kompetenzen ausgestattet ist, so fehlt beispielsweise die Ermittlungskompetenz.

6. Schule

- a) Die Landesregierung behauptet, sie tätige Rekordinvestitionen in die Bildung. Tatsächlich sind in Hessen weiterhin viele Schulen sanierungsbedürftig. Einen Gesetzentwurf der LINKEN, der es den Kommunen als Trägern der Schulgebäude ermöglicht hätte, Schulsanierungen zu finanzieren, hat die schwarz-grüne Mehrheit nicht nur abgelehnt, sondern entgegen der parlamentarischen Gepflogenheiten sogar eine Anhörung dazu unterbunden. Die Grünen, die im Nachbarbundesland Nordrhein-Westfalen genau ein solches Gesetz mit auf dem Weg gebracht haben, haben alle Mittel genutzt, sich hier in Hessen damit nicht auseinandersetzen zu müssen.
- b) Die Landesregierung behauptet, dass die bestmögliche Versorgung der Schulen mit Lehrkräften im Zentrum ihrer Anstrengungen stehe. Tatsächlich verkündete der Kultusminister nach jahrelanger hartnäckiger Weigerung nun pünktlich im Wahljahr, er würde die Grundschullehrkräfte nun nach A 13 besolden. Dies ist wie so oft eine Mogelpackung. Die tatsächliche Anhebung und Angleichung erfolgt erst zum Ende der nächsten Legislaturperiode, da sich die Anhebung auf fünf Jahre streckt. Berücksichtigt man die Inflation, wird es dieses Jahr gar keine Reallohnsteigerung geben.

7. Migration und Integration

- a) Die Landesregierung behauptet, sie engagiere sich für eine humane Flüchtlingspolitik. Tatsächlich hat das Land in Darmstadt eine Abschiebehafteinrichtung errichtet und zum drittgrößten Abschiebeknast der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt 80 Plätzen ausgebaut, wovon im Schnitt nur 20 belegt sind. Kostenpunkt: 6,5 Mio. € im Jahr, seit Eröffnung bis Ende November 2022 wurden 1.076 Personen aus der Haft abgeschoben, mindestens 44 Personen wurden zu Unrecht inhaftiert.
- b) Die Landesregierung behauptet, aus Hessen würden nur Gefährder oder Straftäter abgeschoben. Tatsächlich wurde im Februar 2021 ein gut integrierter Somalier in ein Land abgeschoben, das auf Platz 2 der Liste der fragilsten Staaten steht. Es gibt Abschiebungen aus Kliniken, wie im September 2019 im Fall einer 24-jährigen Tadschikin, die nach einem Suizidversuch in der psychiatrischen Klinik in Bad Soden (Taunus) untergebracht war und bei dem Versuch, ihre Sachen aus der Unterkunft abzuholen, festgenommen und zum Flughafen gebracht wurde. Es gibt Abschiebungen von Familien mit kleinen Kindern, wie im Fall einer sechsköpfigen kurdischen Familie aus Kassel oder die Abschiebung eines Auszubildenden im Bäckerhandwerk.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. September 2023

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula